

Beratung der NSL im FzA, 20.11.2025 – Einziger TOP

Sprechzettel VI M

Anlass

Die Regierung hat am 18. November die sog. „Nachschiebeliste“ beschlossen und dem Parlament zugeleitet.

Inhalt

Mit der NSL reagieren wir auf folgende zentrale Entwicklungen:

1. auf die aktuelle Steuerschätzung,
2. auf neue Bundesmittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität und
3. auf Mehrbedarfe in den Ressorts.

Trotz einer angespannten Haushaltslage setzen wir klare Prioritäten – unsere drei Schwerpunkte sind:

- ➔ Investitionen (130 + 66 Mio zusätzlich)
- ➔ Bildungsbereich (37 Mio. zusätzlich (Jahreswirkung))
- ➔ Wir erhöhen unsere personellen Ressourcen im Bereich der Polizei und Verfassungsschutz (Budgeterhöhung (5 Mio. zusätzlich (Jahreswirkung)) + 1 Mio. Sachbuget)

Zu den Schwerpunkten im Einzelnen:

1) Verstärkung der Investitionsmaßnahmen

Insgesamt fließen rund 130 Mio. Euro aus dem Bundes-Sondervermögen in alle Bereiche, die politisch geeint worden sind:

- Ganztagsausbau
- Verkehr
- Krankenhäuser
- Energiewende, Klimaschutz und Klimaanpassung
- soziale Infrastruktur
- Bevölkerungs- und Katastrophenschutz

Außerdem haben wir außerdem Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 720 Mio. Euro für die nächsten Jahre eingeplant.

Wir starten jetzt also unser großes Investitionsprogramm mit einem Schwerpunkt in den kommenden fünf Jahren,

Wichtig ist:

Neue Investitionen beginnen mit den Planungen und steigern sich dann über die Jahre. Die Investitionsausgaben werden also naturgemäß deutlich aufwachsen.

Mit der Nachschiebeliste steigen die Investitionsausgaben auf rund 1,9 Mrd. Euro. Dies gelingt durch die zusätzlichen Bundesmittel von 130 Mio. Euro und durch zusätzliche Investitionen aus Landesmitteln von rund 66 Mio. Euro, die den Modernisierungsschub insgesamt verstärken.

2) Bildung / Unterrichtsversorgung

„Sprache ist der Schlüssel zu Bildung und Teilhabe.“

Darum werden die bisher über den Notkredit finanzierten 279 DaZ-Stellen ab 2026 dauerhaft im Haushalt verankert:

- 50 Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst
- 229 dauerhafte Stellen für DaZ-Lehrkräfte

Zusätzlich:

- DaZ-Vertretungsfonds: 12,3 Mio. Euro
- Einführung des Studiengangs DaZ bei der EUF in Flensburg
- Verlängerung von 161 DaZ-Stellen bis 31.07.2026

Außerdem:

- Erhöhung des allgemeinen Vertretungsfonds um rund 4 Mio. Euro
- 95 Lehrkräfte in der Berufsbildung bleiben entgegen der Planung im HHE erhalten und unterstützen die allgemeinbildenden Schulen, u. a. bei Ausbildungs- und Berufsvorbereitung.

3) Sicherheit / Schutz kritischer Infrastruktur

Wir schaffen 96 neue Stellen für Polizei und Verfassungsschutz – darunter Funktionen für:

- 18 Stellen Cyberkriminalität – Ermittlungen und Analysen
(weitere 18 Stellen folgen 2027)
- 56 Stellen Abwehr hybrider Bedrohungen:
Bekämpfung von Sabotage und Spionage,

Detektion und Identifikation von Drohnen

- 16 Tarifbeschäftigte zur Bearbeitung von Online-Anzeigen in allen sieben Polizeidirektionen und im LKA
- 5 Stellen beim Verfassungsschutz

Wir haben uns außerdem darauf geeinigt, dass 2029 73 zusätzliche Polizeibeamtinnen und -beamte übernommen werden, die jetzt ausgebildet werden, nachdem eine Organisationsuntersuchung gezeigt hat, dass vier Polizeidirektionen zu wenig Personal haben.

Zu den Zahlen:

Die Einnahmen steigen in 2026 durch höhere Steuereinnahmen nach Steuerschätzung und die Investitionsmittel des Bundes auf 17,42 Mrd. Euro.

Die Ausgaben liegen in 2026 bei 18,15 Mrd. Euro, vor allem wegen steigender Kosten für:

- Sozial- und Eingliederungshilfe
- Lehrkräfte im DaZ- und Berufsbildungsbereich
- Digitalisierung
- investive Maßnahmen aus dem Sondervermögen

Die Zahlen zeigen eindeutig:

Auch 2026 besteht eine Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben, auch wenn die Lücke nach der aktuellen Steuerschätzung kleiner geworden ist.

Zu den besonders hohen Ausgabensteigerungen gehört die Eingliederungs- und Sozialhilfe, eine gesetzliche Leistung, die Land und Kommunen sicherstellen müssen:

Als Land stellen wir hier in 2026 181 Mio. Euro (138 + 43 Mio.) zusätzlich bereit.

→ Damit steigen die Kosten für die Eingliederungshilfe in 2026 auf über 1 Mrd. Euro und die Sozialhilfe auf 147 Mio. Euro – bei steigenden Fallzahlen, höheren Personalkosten und einer veränderten Altersstruktur der Leistungsberechtigten.

Die Nettokreditaufnahme sinkt um 195 Mio. Euro – von 754 Mio. € auf 559 Mio. €:

- 527 Mio. € strukturelle Neuverschuldung
- 81 Mio. € Konjunkturkredit
- 11 Mio. € Finanztransaktion

- –50 Mio. € Tilgung
- -11 Mio. € Abstand zur Verfassungsgrenze

U. a. durch die geringere Kreditaufnahme in diesem Jahr reduziert die Zinsausgaben für 2026 um rund 17 Mio. Euro.

Es bleibt für das Jahr 2026 ein Handlungsbedarf von rund 193,5 Mio. Euro, der bis Jahresende aufgelöst sein muss – rund 1 % der bereinigten Ausgaben.

Stellenentwicklung insgesamt:

Seit HHE 2026: +365 Stellen im Kernhaushalt (ohne Wirtschaftsbetriebe), das heißt +97 Stellen gegenüber Haushalt 2025 (teilweise drittmittelfinanziert).

Davon (inkl. Wirtschaftsbetriebe):

- +43 Stellen (befristet bis 31.12.2030) für die Umsetzung der Bundesmittel aus dem SV Infrastruktur- und Klimaneutralität
(27 MWVATT/LBV, 12 MEKUN/LKN Häfen/Deiche, 4 FM für Berichtspflichten/Controlling)
- +96 Stellen Polizei & Verfassungsschutz
- +174 Stellen im Bildungsbereich
(u. a. 95 Berufsbildung + dauerhafte Übernahme von 279 DaZ-/Vorbereitungsdienststellen)
- +10 Stellen Justizvollzug (Weiterbetrieb Hafthaus E Lübeck)
- +12 Stellen LaZuF für GEAS-Screenings